

## Editorial



### Schweiz braucht weitsichtige Klimastrategie

#### Geschätzte Leserinnen und Leser

Letztes Jahr hat die Schweiz das Pariser Klimaabkommen ratifiziert und ist nun gefordert, die Klimaziele umzusetzen. Ein wichtiger Schritt ist die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, muss die Welt bis ca. 2050 CO<sub>2</sub>-neutral werden. Dies bedeutet, jede verbleibende Emission muss durch Kohlenstoffbindung und Speicherung ausgeglichen werden. Damit die Schweiz diesem Pfad folgen kann, ist bis zum Jahr 2030 eine Emissionsreduktion von mindestens 40% im Inland notwendig. Der Klimaschutz im Inland muss also Vorrang haben. Im Gesetzesentwurf schlägt der Bundesrat vor, die Emissionen bis zum Jahr 2030 um 50% im Vergleich zu 1990 zu senken. Im Inland sollen die Emissionen dabei um 30% und im Ausland um 20% reduziert werden. Da die Schweiz ihre Inlandemissionen laut CO<sub>2</sub>-Gesetz jedoch bereits bis 2020 um 20% gesenkt haben sollte, würden im Inland von 2021 bis 2030 nur weitere 10% reduziert. Bei einer Reduzierung von 20% im Ausland bis 2030 würden damit zwei Drittel der benötigten Einsparungen durch den Kauf von ausländischen Emissionszertifikaten gedeckt werden. Verfolgt die Schweiz aber ein ambitionierteres Inlandziel von minus 40%, welches dazu führen würde, dass von 2021 bis 2030 die Inlandemissionen um 20% statt 10% reduziert werden müssten, kehrt sich das Verhältnis um und zwei Drittel der Emissionen können im Inland reduziert werden. Das verringert die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen, schafft Arbeitsplätze, fördert Innovationen und reduziert das Risiko, für mangelhafte Auslandszertifikate Geld auszugeben.

Die meisten Emissionen in der Schweiz stammen vom Gebäude- und Verkehrssektor und können nur mit Inlandmassnahmen gesenkt werden. Da der Umbau von Infrastrukturen langsam erfolgt, muss zeitgerecht damit begonnen werden, sonst wird es gemäss der Organisation swisscleantech ([www.swisscleantech.ch](http://www.swisscleantech.ch)) teuer. Wichtigstes Element in der Umsetzung ist die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Sie hat sich in der Klimapolitik als kosteneffizientes und effektives Instrument bewährt. Daher ist der Vorschlag des Bundesrats richtig, die Abgabe bis 2030 auf maximal 210 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> anzuheben, wenn Zwischenziele verfehlt werden. So werden die richtigen Anreize geschaffen, Emissionen zu reduzieren. Ergänzend braucht es zudem griffige Massnahmen, wenn

die CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht anwendbar ist (z.B. beim Verkehr) oder zu wenig stark wirkt (z.B. bei den Gebäudesanierungen). Auch die Unternehmen müssen eingebunden werden. Deshalb soll das bewährte Mittel der Zielvereinbarungen gestärkt werden. Mit ihnen kann eine Firma, die sich zu eigenen Reduktionen verpflichtet, von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreit werden. So bleibt gemäss swisscleantech ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland gewährt.

Weitere aktuelle News zum Thema Klimaschutz laufend unter:

[www.oebu.ch](http://www.oebu.ch)

Frohe Festtage und einen «guten Rutsch» ins 2019!

---